

STUDIEN

**HANS-JÜRGEN ARLT
WOLFGANG STORZ**

**PORTIONIERTER ARMUT,
BLACKBOX REICHTUM
DIE ANGST DES JOURNALISMUS
VOR DER SOZIALEN KLUFT**

(AUSZUG)

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	5
I Resümee	6
1 Bestimmende Trends	6
1.1 Der blinde Fleck des Journalismus ist die stumme Macht des Reichtums.	6
1.2 Die Armut wird mit Sorge registriert und zugleich in Problemgruppen portioniert.	6
1.3 Wirtschaft ist, wie sie ist. Bildung und Arbeit als Lösung, die Politik als Sündenbock.	6
1.4 Die Entwicklung von Armut und Reichtum wird nicht im Zusammenhang gesehen.	7
1.5 Rein quantitativ: Die soziale Kluft ist kein Problem von besonderer Brisanz.	7
1.6 Chancengleichheit und Sozialpflichtigkeit des Eigentums stehen im Museum alter Ideale.	7
1.7 Meinungsvielfalt als Stärke und Schwäche	7
1.8 Diskursiv schwach, sprachlich bedenkenlos	7
2 Zum Charakter der einzelnen Medien	8
II Forschungsdesign	11
1 Forschungsfrage	11
2 Analysemethode	11
2.1 Zur Methode der diskursiven Öffnung	12
2.2 Journalistische Professionsmerkmale	14
2.3 Medien- und Materialauswahl	15
2.4 Zur Form des Kommentars	16
III Die Medien und ihre Meinungen	18
1 Tagesspiegel	18
1.1 Private Armut	18
1.2 Reichtum von Personen und Organisationen	20
1.3 Öffentliche Finanzen	22
1.4 Steuerstaat	23
1.5 Sozialstaat und Sozialarbeit	24
1.6 Soziale Kluft	25
1.7 Normative Ansprüche – Gleichheit von Chancen und Verhältnissen	25
1.8 Bilanz Tagesspiegel	26
2 Berliner Zeitung 2.1–2.8	27
3 Süddeutsche Zeitung 3.1–3.8	37
4 Frankfurter Allgemeine Zeitung 4.1–4.8	50
5 Der Spiegel 5.1–5.9	64
6 Die Zeit 6.1–6.6	78
IV Reflexive und spekulative Splitter	91
1 Der große Unterschied: «Wer arbeitet, hat keine Zeit, Geld zu verdienen.»	91
2 Bedingungen journalistischen Arbeitens	91
3 Herkunft der Journalisten	92
4 Ungenutzte Chancen der Pressefreiheit	92
5 Neuigkeiten als Alibi und Wiederholung als Normalität	93
6 Lehren aus der Krise des Finanzsystems?	93
7 Das große Thema «Umverteilung» – ein Kommunikationsdesaster?	93
8 Weitere Beispiele der De-Thematisierung von Reichtum	94
9 Die entscheidende Frage – einfach vergessen	94
V Literatur	95

Weitere Materialien zu den untersuchten Medien sowie Interviews und Texte stellt die Rosa-Luxemburg-Stiftung auf ihren Internetseiten bereit. Informationen dazu finden sich online unter <http://www.rosalux.de/publication/39364>.

EINLEITUNG

Die Idee zu untersuchen, wie der bundesdeutsche Journalismus die Themen Reichtum und Armut kommentiert, entstand Anfang 2011. Als Beobachtungszeitraum wählten wir ursprünglich die vierjährige Phase zwischen dem dritten und dem vierten Lebenslagenbericht der Bundesregierung vom Mai 2008 bis Frühsommer 2012. Aber während der Arbeit an der Studie wurde die Veröffentlichung des Regierungsberichts immer wieder verschoben, erst Anfang März 2013 wurde er dann vom Bundeskabinett beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Wissen wollten wir, ob und wie der Journalismus die gesellschaftlichen Veränderungen beurteilt, die unter Stichworten wie Reichtumsexplosion, Verarmung, Prekarisierung, soziale Ungleichheit in den öffentlichen Debatten und Meinungsumfragen zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Dass die soziale Frage im Großen und Ganzen gelöst sei, war eine Vorstellung, die sich im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik verankert hatte.

Seit den 1990er Jahren begannen die statistischen Zahlen dagegen zu sprechen. Spätestens seit der globalen Spekulationskrise des Finanzsystems und deren Folgen Ende des vergangenen Jahrzehnts spricht vieles dafür, dass sich unsere Gesellschaft der sozialen Frage neu stellen muss. Welche Rolle spielt der Journalismus dabei? Redet er die neue soziale Ungleichheit groß oder klein? Analysiert er ihre Ursachen, bleibt er dran, konfrontiert er Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik mit den offenen Problemen, drängt er auf Antworten?

Unsere Fragen zielen nicht auf die journalistische Arbeit insgesamt, sondern allein auf die journalistische Meinung. Wie der Journalismus über das Themenfeld Reichtum, Armut und soziale Ungleichheit informiert, das haben wir nicht erforscht. Wir untersuchten, wie und wie intensiv die Redakteure der Ressorts Politik und Wirtschaft von vier ausgewählten Tageszeitungen mit ihren Kommentaren dieses Themenfeld begleiten. Es handelt sich um die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), die *Süddeutsche Zeitung* (SZ), die *Berliner Zeitung* und den *Tagesspiegel*. Analysiert haben wir zudem die gesamte Berichterstattung in *Der Spiegel* und *Die Zeit* zu diesem Themenfeld.

Unsere Bewertungen des untersuchten Materials zum Themenkreis Reichtum und Armut bedeuten – weder positiv noch negativ – ein Urteil über das jeweilige Medium als Ganzes. Unsere Befunde auf andere Themenkomplexe zu übertragen, wäre unzulässig.

Obwohl wir uns im Wesentlichen auf Meinungsbeiträge konzentrierten, hatten wir es am Ende mit weit mehr als 10.000 Computerseiten Text zu tun. Wir wollen uns für die gute Zusammenarbeit bei Sven Osterberg, Nautilus Politikberatung, bedanken. Ohne ihn wären wir mit dem Material nicht zurechtgekommen; wir hätten es gar nicht erst zusammen bekommen. Unsere Arbeit der Selektion, der qualitativen Analyse und der Bewertung wäre nicht möglich gewesen.

Horst Kahrs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung danken wir für seine große Unterstützung.

Offenbach/Berlin, März 2013

I RESÜMEE

Die Studie stellt die Frage nach dem journalistischen Gebrauch der Pressefreiheit im Umgang mit Reichtum und Armut. Die Antwort: Es handelt sich um einen Fall von Pressefeigheit. Eklatant beim Thema Reichtum, der weitgehend als Blackbox behandelt wird. Fahrlässig beim Thema Armut, die zwar mit Sorge registriert, aber in Einzelteile zerlegt und so ihrer gesellschaftlichen Brisanz beraubt wird. Fahrlässig auch im Umgang mit den normativen Grundlagen der Chancengleichheit und der Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die, wenn überhaupt, nur als untergegangene Ideale, nicht als ernst zu nehmende Ansprüche geltend gemacht werden.

Trotz alledem und alle Texte abgewogen: Soziales Engagement ist den meisten journalistischen Meinungsbeiträgen nicht abzusprechen; Kommentare, die ohne jede Rücksicht nur mit den Ellenbogen geschrieben sind, bilden die Ausnahme.

Gravierende Unterschiede zeigen sich zwischen den untersuchten Medien; wobei ein Vergleich vor allem der vier untersuchten Tageszeitungen, darunter zwei regionalen und zwei überregionalen, mit den beiden wöchentlich erscheinenden Medien nur sehr eingeschränkt zulässig ist.

1 BESTIMMENDE TRENDS

1.1 Der blinde Fleck des Journalismus ist die stumme Macht des Reichtums.

Es gibt eine Blackbox Reichtum. Eine Auseinandersetzung mit der Macht privater Großvermögen, die ihre Interessen ohne Worte zur Geltung bringen können, findet nicht statt. Der riesige Reichtum in den Händen weniger wird entweder überhaupt nicht kommentiert oder selbst dann nicht genauer durchleuchtet, wenn er kritisch bewertet wird. Reichtum wird nur aufgerufen als Gegenpart von Armut und als Indikator sozialer Ungleichheit. Als Zentrum gesellschaftlichen Einflusses auf alle Lebensbereiche – die Politik, die Wissenschaft, die Kunst, den Sport etc. – und als wirtschaftlicher Weichensteller mit seinen Anlage-, Verlagerungs- und Spekulationsentscheidungen kommt er in den journalistischen Meinungsbeiträgen nur beiläufig vor. Selbst als automatischer Türöffner zu komfortablen Lebensmöglichkeiten, zu Privilegien in der Bildung, der Gesundheit, der Kultur wird das große Geld nur in Form eines Lifestyle-Phänomens abgehandelt.

Der Journalismus zerbricht sich mehr den Kopf über die Probleme der Reichen als über die Folgen der Zusammenballung privaten Reichtums für den Rest der Gesellschaft. Das laute Lamento über die Gier im Finanzsystem erweckt den Eindruck journalistischer Kritikfähigkeit zu Unrecht, denn es personalisiert nur, es analysiert nicht. Erregungszustände anlässlich von Krisenhöhepunkten, begleitet von Rufen nach mehr Kontrolle des Kapitalismus, schlagen sich mehr im Feuilleton nieder.

1.2 Die Armut wird mit Sorge registriert und zugleich in Problemgruppen portioniert.

Die Sorge darüber, dass sich Armut ausbreitet, nimmt in den Medienbeiträgen breiten Raum ein. Das Armutsproblem wird also keineswegs übergangen, im Gegenteil. Aber durchgängige Kommentarpraxis ist es, Armut zu zerlegen, sie aufzulösen in Kinder-, Alters-, Migrantinnen-, Langzeitarbeitslosen-, Schwerbehinderten-, Hartz-IV- und Alleinerziehenden-Armut. Frauen sind, das fällt auf, nur als Mütter arm. Armut wird portioniert und Verarmung auf diese Weise nie in einer grundsätzlichen Dimension behandelt.

Dass das Grundversprechen unserer Gesellschaft, jeder könne von der individuell geleisteten Erwerbsarbeit ordentlich leben, an den Realitäten von Billiglöhnen, prekären Arbeitsverhältnissen und Massenarbeitslosigkeit millionenfach zerschellt, wird meist den Problemgruppen zugerechnet. Das Problem sind eher die Leute, weniger die Bedingungen, mit welchen sie konfrontiert sind. Die Bedingungen werden, Stichwort Globalisierung, überwiegend als Sachzwänge dargestellt.

1.3 Wirtschaft ist, wie sie ist. Bildung und Arbeit als Lösung, die Politik als Sündenbock.

Dass die Wirtschaft, wie hoch die Gewinne auch sein mögen, an Löhnen und Steuern so sehr sparen muss, dass noch jede verbindliche Untergrenze als Wettbewerbsgefahr ausgeflaggt wird, gilt den einen Kommentaren als Grundgesetz, die anderen reizt es selten zum Widerspruch; dieser «Sachzwang» wird weithin akzeptiert. Den Individuen wird Anpassung empfohlen. Sie sollen diese Verhältnisse als Ausgangspunkt akzeptieren, sich fragen, was die Wirtschaft braucht, ihren Bildungsweg, ihre Bedürfnisse und ihren Lebensalltag danach ausrichten. Bildung ist hier nur ein anderes Wort für Arbeit, denn sie wird nur als Weg zur Erwerbsarbeit eingefordert. Wo die Menschen und die Wirtschaft nicht zusammenfinden, sind die Menschen das Problem oder ersatzweise die Politik. Für die Politik bedeutet es, dass sie überall dort aufgerufen wird, sich um Lösungen zu kümmern, wo sich Armut wegen fehlender oder trotz Erwerbsarbeit ausbreitet.

Als verantwortliche Akteure werden – egal ob es um Mindestlöhne, Steuern, Bildung, Sozialtransfers geht – stets die Individuen und der Staat/die Politik angesprochen, selten bis nie Unternehmer und Unternehmen; und wenn, dann in Verbindung mit vagen Appellen, sie mögen doch zum Beispiel die Frauenarbeit stärken. Im Kontext Armut wird unternehmerische Verantwortung kaum eingefordert, obwohl es thematisch oft um Aus- und Weiterbildung, die Vereinbarkeit von Arbeit und Kindererziehung, familienfreundliche Arbeitszeiten, Lohnhöhe und prekäre Arbeitsverhältnisse geht. Die strukturelle Benachteiligung erwerbstätiger Frauen, der Tatbestand, dass es in erster Linie Frauenarbeit ist, die arm macht, wird weitgehend ignoriert.

1.4 Die Entwicklung von Armut und Reichtum wird nicht im Zusammenhang gesehen.

Die Überlegung, dass es eine Wechselwirkung zwischen Armut und Reichtum geben könnte, dass die private Konzentration des Reichtums auf ihrer Kehrseite private und öffentliche Armut mitproduziert, spielt kaum eine Rolle. Armut wird vorwiegend als isoliertes Problem der Armen dargestellt. Entweder führen sie ihre Armut selbst aktiv herbei oder es gelingt ihnen nicht, unverschuldete Schwierigkeiten zu überwinden. Inwieweit der Staat ihnen helfen soll, ist umstritten. Zu viel Unterstützung untergrabe die Eigeninitiative, argumentieren die einen, zu wenig widerspreche den Geboten der Gerechtigkeit, so die Ermahnung der anderen. Dass beide Auffassungen im selben Medium parallel vertreten werden – ohne dass sie sich diskursiv aufeinander beziehen –, ist fast die Regel. Gesellschaftskritische Fragen von grundsätzlicher Bedeutung nach den Ursachen der wachsenden sozialen Ungleichheit werden in den Kommentaren der Tageszeitungen nicht gestellt.

1.5 Rein quantitativ: Die soziale Kluft ist kein Problem von besonderer Brisanz.

Die pure Statistik sagt: Im Jahr 2012 haben sich im *Tagesspiegel* etwa zwei und in der *Berliner Zeitung* etwa vier Prozent der Kommentare mit unserem Themenfeld beschäftigt. Für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* haben wir im Durchschnitt des gesamten Untersuchungszeitraums einen Kommentaranteil von 1,9 Prozent ermittelt. Vergleiche haben wir nicht angestellt, weder mit anderen Themen noch mit anderen Medien, etwa mit *Junge Welt*, *Freitag* oder *taz*, von denen man vermuten könnte, dass sie dieses Themenfeld wichtiger nehmen. Zu der interessanten Frage, ob Reichtum und/oder Armut eher häufig oder selten redaktionelle Meinungsbeiträge auslösen, haben wir deshalb nur eine vorsichtige Einschätzung: Prominente und häufige Kommentarthemen sind Reichtum, Armut und die soziale Kluft nicht, um Themen von besonderer Brisanz scheint es sich in den Augen der Redaktionen nicht zu handeln. Mehr spricht für die Feststellung, den Journalismus befällt das Schweigen beim Anblick der sozialen Kluft.

In diesem Befund spiegelt sich unseres Erachtens wider, dass die Redaktionen weder Reichtum noch Armut als eigenständige zustandsaktuelle Themen sehen. Das heißt im Umkehrschluss: Diese Themen werden vor allem behandelt, wenn die Arena der offiziellen Politik aktuelle Anlässe dafür liefert; ob Armuts- und Reichtumsberichte oder Auseinandersetzungen vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Interesse von Regierungen wiederum, Anlässe für die öffentliche Thematisierung sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu bieten, hält sich in sehr engen Grenzen.

Die Abhängigkeit von den Interessen der aktuellen Politik könnte verringert werden, wenn die soziale Frage im redaktionellen Konzept einen eigenständigen Stellenwert inne hätte und nicht nur das «Hobby» von

einzelnen Redakteuren wäre. Ob Gesichtspunkte sozialer Ungleichheit und sozialer Gerechtigkeit präsent sind, hängt beispielsweise bei der *Süddeutschen Zeitung*, so unser Eindruck, von den Arbeits- und Urlaubszeiten einzelner Redakteure ab. Die Wochenzeitung *Die Zeit* dagegen hat ein Wirtschaftsressort, für das es in geradezu vorbildlicher Weise zu den ständigen «Hausaufgaben» gehört, die sozialen Dimensionen der Ökonomie mit auszuleuchten.

1.6 Chancengleichheit und Sozialpflichtigkeit des Eigentums stehen im Museum alter Ideale.

Der Widerspruch zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit, der im 20. Jahrhundert ein großes Thema war, hat sich – wenn wir die Kommentierung zum Maßstab nehmen – zugunsten der Wirklichkeit erledigt. An normative Ansprüche der Verfassung, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und die Gleichheit der Lebensverhältnisse betreffend, wird gelegentlich erinnert, vor allem mit Blick auf die neuen Bundesländer. Dass sie eine realistische Zielsetzung sein könnten, wird nicht vertreten. Die Kommentatoren sehen entweder kein Problem oder sie resignieren vor den Problemen.

1.7 Meinungsvielfalt als Stärke und Schwäche

Die überwiegende Zahl der Redaktionen legt Wert darauf, ihr Publikum mit einer Einheitslinie in den zentralen Fragen des Themenspektrums Armut und Reichtum zu verschonen. Ein pluralistisches Meinungsbild wird von der Redaktion selbst oder mindestens mithilfe von Kolumnisten und Gastkommentatoren sichergestellt. Dieses Angebot an Meinungsvielfalt gehört auf die journalistische Habenseite. Aber es gibt auch eine Einfalt der Vielfalt. Das bloße Neben- und Gegenüberstellen von Positionen, die in den tagespolitischen Auseinandersetzungen ohnehin ständig wiederholt werden, macht noch keine Qualität aus. Man fragt sich, ob in den Redaktionen, die über Jahre hinweg mit zuverlässiger Erwartbarkeit ihre kontroversen Sichtweisen präsentieren, die Redaktionsmitglieder auch einmal miteinander diskutieren, um daraus neue Sichtweisen, eine andere Perspektive oder gar neue Erkenntnisse zu entwickeln, die dem Publikum präsentiert werden könnten.

1.8 Diskursiv schwach, sprachlich bedenkenlos

Die Meinungsäußerungen beschränken sich sehr oft auf den Gebrauch der öffentlich auch aus dem politischen Raum bekannten Argumentationsversatzstücke. Ob Mindestlohn, Staatsverschuldung, Höhe der Hartz-IV-Sätze, Besteuerung des Reichtums: alles vieldimensionale Themen, die unter wirtschaftlichen, sozialen, humanitären, moralischen, juristischen, kulturellen, individuellen Gesichtspunkten erörtert werden könnten – Fehlanzeige. Einzelne dieser Aspekte tauchen irgendwann auf, aber miteinander abgewogen, gegeneinander erörtert werden sie nicht. Je nach Deutungswelt, der sich der Kommentator zugehörig fühlt,

wird ein Aspekt absolut gesetzt; so sind beispielsweise Mindestlöhne gut aus Gründen der Gerechtigkeit oder schlecht aus Gründen der unternehmerischen Kostenbelastung.

Gerechtigkeit wird als moralischer Anspruch vorgebracht und bleibt als solcher unwidersprochen. Entgegengehalten werden ihm wirtschaftliche Notwendigkeiten, denen der Vorrang gebühre. Gerechtigkeit wird entweder als Gegensatz zur oder als ein Nebenprodukt von Wirtschaftlichkeit behandelt. Eine Perspektive, welche die wirtschaftliche Kraft der sozialen Gerechtigkeit prüft – inwieweit Sozialstaat und Gerechtigkeit wirtschaftliche Prosperität fördern, inwieweit große Armut und eine Zusammenballung privaten Reichtums der wirtschaftlichen Entwicklung schaden können –, spielt fast keine Rolle.

Es gibt kaum eine kritische Beschäftigung mit dem Sprachgebrauch, der sich zu bestimmten Themenbereichen gesellschaftlich durchsetzt. Er wird schlicht übernommen. Wie es Blonde, Schwarzhäarige und Glatzköpfige gibt, ist medienübergreifend oft die Rede von «sozial Schwachen» oder von «bildungsfernen Schichten»; Lieblingsmetapher für das Kapital ist «scheues Reh». Lediglich in der *Süddeutschen Zeitung* fanden wir zwei Texte, die sich mit einigen dieser Sprachbilder sehr intelligent und kritisch auseinandersetzen.

2 ZUM CHARAKTER DER EINZELNEN MEDIEN

2.1 Berliner Zeitung

Reichtum und Armut sind in der *Berliner Zeitung* keine häufigen Kommentarthemen, werden aber im Vergleich mehr als anderswo aufgegriffen. Insgesamt ist das Themenfeld von einer relativ einheitlichen Positionierung der Redaktion in den meisten seiner Einzelaspekte gekennzeichnet. Man kann von einer redaktionellen Linie sprechen, der das Soziale wichtig und das Wirtschaftliche verdächtig ist.

Beim Thema Armut vermeiden die Kommentatoren Schuldzuweisungen an die Betroffenen ebenso wie – im internationalen Zusammenhang – an betroffene Länder. Sie sprechen nicht von individuellem Versagen, sondern von Benachteiligung. Armut behandelt die *Berliner Zeitung* als ein gesellschaftliches Problem mit schlimmen Auswirkungen auf die Betroffenen, nicht als ein persönliches Problem der Betroffenen mit negativen Folgen für die Gesellschaft.

Die einfache Gleichung, dass Arbeit vor Armut schütze, wird von der *Berliner Zeitung* ausdrücklich problematisiert. Die Kritik an der Wirtschaft, die Armut trotz Arbeit verursache, ist ausgeprägt.

Staatsschulden werden nicht als politische Vergeudung, als bequemer Finanzierungsweg überflüssiger Wohltaten dargestellt. In den Staatsschulden komme öffentliche Armut zum Ausdruck, der es nicht mit Sozialabbau, sondern mit Steueraufbau bei den Vermögenden zu begegnen gelte.

Sehr intensiv setzen sich die Meinungsbeiträge mit den gesellschaftspolitischen Risiken auseinander, die

sie im Auseinanderdriften von Arm und Reich sehen. Die Interpretation von Protesten und Krawallen als sozialer Notwehr steht im Zentrum mehrerer Kommentare.

Reichtum wird unterschiedslos negativ bewertet. Zu oft ersetzt bei diesem Aspekt Empörung Argumentation und Erklärung. Aber es gibt einige herausragende kommentierende Analysen.

2.2 Tagesspiegel

Die Meinungsbeiträge des *Tagesspiegel* zu Reichtum und Armut zeichnet die individuelle Meinungsfreiheit der Redaktionsmitglieder aus, die sich in der Konfrontation zweier Argumentationslinien niederschlägt. Die offenkundig tolerante Grundhaltung der Redaktionsleitung wirkt sich allerdings nicht qualitätsfördernd aus. Die Gesinnung bekommt zulasten des Niveaus freien Lauf. Auf der einen Seite sind einzelne Beiträge zu lesen, die von hohem ökonomischen Sachverstand und einer beeindruckenden Detailkenntnis zeugen. Auf der anderen Seite ist das Argumentationsniveau für eine der bedeutenden Regionalzeitungen in Einzelfällen erschütternd.

Das wichtigste Einzelproblem des Themenbereichs Reichtum und Armut sind im *Tagesspiegel* die Staatsschulden, deren Ursachen und Folgen in allen, also auch völlig konträren Varianten «durchkommentiert» werden. In sozialen Fragen ist «die Politik» der Joker, den die *Tagesspiegel*-Kommentatoren ziehen, wenn sie sich die Auseinandersetzung mit Hintergründen und Zusammenhängen eines Problems ersparen möchten. Schwierigen Fragestellungen wird gern mit allgemeinen Betrachtungen ausgewichen in der Form küchenphilosophischer Anmerkungen über das Allgemeinmenschliche nach dem Motto «schuld sind wir alle».

Vergleichende Anmerkung

Berliner Zeitung/Tagesspiegel

Auf den ersten Blick erscheint die *Berliner Zeitung* gesinnungs- und der *Tagesspiegel* diskussionsgesteuert. Insbesondere im Umgang mit der Reichtumsthematik, aber auch unter den beiden stärker normorientierten Aspekten der sozialen Kluft und der Fragen von Gleichheit und Gerechtigkeit herrscht in der *Berliner Zeitung* eine fast durchgängige Positionierung, während im *Tagesspiegel* kontroverse Standpunkte sich ablösen. Der zweite Blick weist die Pluralität des *Tagesspiegel* als bloße Reproduktion verfestigter und deshalb erwartbarer Meinungen aus. Von einer diskursiven Qualität kann nur in Ausnahmefällen die Rede sein.

Analytisch starke, diskursiv offene Kommentare sind nach unserem Urteil in der *Berliner Zeitung* nicht häufiger, aber auf höherem Argumentationsniveau angesiedelt als im *Tagesspiegel*. Simplifizierende und moralisierende Beiträge sind im *Tagesspiegel* öfter zu finden.

2.3 Süddeutsche Zeitung

In der SZ zeigen sich zwei deutlich unterscheidbare Kommentarwelten, mit jeweils eigenen Argumentationsmustern und Positionen.

So werden beispielsweise die Folgen der Neuordnung des Arbeitsmarktes und der Hartz-IV-Gesetzgebung gegenteilig bewertet: Die einen Kommentatoren rücken die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen in den Vordergrund und sehen darin ausdrücklich eine Bestätigung dieser für sie alternativlosen Politik. Ob die Zunahme der Beschäftigtenzahlen weitere oder sogar andere Gründe haben könnte, wird von keiner der beiden «Seiten» erwähnt.

Die anderen Kommentatoren sehen in dieser Neuordnung eine Politik der Produktion von Armut und der Degradierung von Arbeit, sie stellen die sozialen Nachteile in den Mittelpunkt. Ihre Forderungen, beispielsweise Mindestlöhne einzuführen und Hartz-IV-Regelsätze zu erhöhen, werden wiederum von den ersteren Kommentatoren wegen (betriebs-)wirtschaftlicher Nachteile abgelehnt oder stark relativiert.

Eine ähnlich gegenteilige Kommentierung gibt es auch beim Thema Steuerpolitik. Während die einen vor allem aus Gründen der gerechten Lastenteilung höhere Steuern für Wohlhabende und reiche Erben fordern, widersprechen die anderen aus Gründen der volkswirtschaftlichen Nachteile; für Letztere ist Gerechtigkeit ein Wunsch, den wirtschaftliche Notwendigkeiten möglich machen oder nicht.

Es fällt auf, dass diese beiden Deutungswelten ihre Behauptungen nicht im Sinne von besserer Qualität und Orientierung gegeneinander abwägen. So bleibt dem SZ-Publikum – vergleichbar mit dem *Tagesspiegel* – nur die Freude über eine gewisse Meinungsvielfalt, die sich weitgehend mit der in der offiziellen Politik maßgeblichen Bandbreite deckt.

2.4 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Im Mittelpunkt stehen für die FAZ-Redaktion die Lage der Mittelschicht und die Staatsverschuldung. Hier sieht die FAZ ernsthafte Probleme, damit setzt sie sich auseinander.

Dass Armut und Reichtum zunehmen, wird in den FAZ-Kommentaren nicht bestritten. Ein nennenswertes Problem hat die FAZ mit dieser Entwicklung nicht, zumal soziale Ungleichheit weniger als belastend, denn als produktiv gilt. Als prägende Ursache für Reichtum wie für Armut gilt das persönliche Verhalten – in dem einen Fall in Form von persönlicher Leistung und im anderen von individuellem Versagen.

Armut als Gesamterscheinung wird nicht behandelt. Inhaltlich losgelöst voneinander werden einzelne Erscheinungsformen bearbeitet: vor allem die Kinder-, Hartz-IV- und Altersarmut.

Reichtum wird verteidigt und gewürdigt. Reichtum, der nicht auf Basis von persönlicher (unternehmerischer) Leistung entsteht, also das Heranwachsen einer Kapital- und Erbgengesellschaft, existiert für die Redaktion als eigenes Thema nicht. Mögliche Wechselwirkungen zwischen Armut und Reichtum fasst die Redaktion nicht ins Auge.

Überraschend und fast ein «Alleinstellungsmerkmal», müsste die FAZ sie nicht ein Stück weit mit dem *Spiegel*

teilen, ist die Politikverdrossenheit der Redaktion: der durchweg von Herablassung oder gar Verachtung geprägte Blick auf «die Politik».

Vergleichende Anmerkung SZ/FAZ

Es gibt im Großen einige Gemeinsamkeiten – privater Reichtum ist für die SZ genauso wenig ein Thema wie für die FAZ – wie in Einzelfragen zahlreiche Unterschiede: Die Milde gegenüber Steuerhinterziehern, die in der FAZ immer wieder deutlich zu spüren ist, entspricht in der SZ der Härte, mit der diese kritisiert werden. Missbrauchsvorhaltungen gegen Sozialtransfer-Empfänger werden in der FAZ systematisch, in der SZ seltener vorgetragen.

Etwas salopp formuliert: In der SZ steckt eine FAZ und eine Gegen-FAZ. Die Analyse- und Argumentationsmuster sowie die Positionen, die in der FAZ eindeutig dominieren, bilden einen Teil der SZ-Kommentarwelt; in Sprache und Inhalt allerdings deutlich dezenter und geschmeidiger vorgetragen. Zugleich ist in der SZ aber auch jene gegenteilige Kommentarwelt prominent vertreten, die sich in Argumenten und Positionen ausdrücklich an Kriterien sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit orientiert und von der in der FAZ bestenfalls Spurenelemente zu identifizieren sind.

2.5 Der Spiegel

Das Magazin beschäftigt sich punktuell, wenig engagiert und damit unzuverlässig mit dem untersuchten Themenfeld. Wenige profunde Essays zu sehr grundlegenden Fragen, informative Texte zu Detailproblemen und (wenige) hoch qualifizierte Analysen, die Wechselwirkungen aufzeigen und Kontexte herstellen, wechseln sich ab mit einer Mehrheit aus Aufmerksamkeit heischenden Beiträgen, die primär von ihrer Rhetorik leben, sowie mit Texten, in denen Sozialtransfer-Empfänger unter Generalverdacht gestellt werden.

Zuverlässig ist die Redaktion bei folgenden Themen: Verglichen mit Sozialtransfer-Empfängern werden Wohlhabende und Reiche tendenziell «hofiert» und ihre Interessen mit viel Umsicht bedacht; abgesehen von Exzessen sogenannter gieriger Manager und Finanzmarktakteure, die moralisch scharf kritisiert werden. Fragen hat der *Spiegel* an die oberen Schichten selten, öfters macht er ihre Sorgen zu den seinen. Gesellschafts- und machtpolitische Zuspitzungen und Fragen werden gemieden: etwa die Frage, ob unser Wirtschaftssystem strukturell Ungerechtigkeiten herstellt oder nicht, ob der ständig wachsende private Reichtum auch Quelle aktueller Krisen ist oder nicht, ob es eine Wechselwirkung zwischen der Zunahme an privatem Reichtum einerseits und öffentlicher und privater Armut andererseits gibt.

Die Texte behandeln jeweils isoliert einzelne Aspekte von Armut oder Reichtum. Wichtige Zusammenhänge werden so zerrissen, das Thema seiner gesamtgesellschaftlichen Dimension beraubt.

Obwohl die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt als Ursache und «Erlösung» von Armut eine ausschlag-

gebende Rolle spielen, werden als verantwortliche Akteure ausschließlich die Individuen und die Politik angesprochen. Die Unternehmen und Unternehmer bleiben außen vor, obwohl sie bezüglich Löhne, Arbeitsplatzverhältnisse, betriebliche Aus- und Weiterbildung und familien- und kinderfreundlicher Arbeitszeiten eine «große Rolle» spielen könnten.

An «die Politik» werden viele Anforderungen gestellt, obwohl ihr Tun meist wenig geschätzt und ihr eine strukturell bedingte Neigung zu jahrzehntelanger unverantwortlicher Schuldenmacherei unterstellt wird.

Das Thema Reichtum in seiner gesellschaftspolitischen Dimension ist nicht existent, als Unterhaltungsthema dagegen sehr wohl; die Analyse der «Reichen-Serie» vom Frühjahr 2012 stärkt diese Wertung.

Wie viel FAZ steckt im *Spiegel*? Recht viel. Und wie viel *Zeit*? Recht wenig. Wär's doch umgekehrt.

2.6 Die Zeit

Die Quantität der Beiträge und die Variationsbreite der journalistischen Bearbeitung sorgen für eine starke Präsenz der Armut- und Reichtumsproblematik. Das Aufmerksamkeits- und Kritikpotential, das im Vergleich von Armut und Reichtum liegt, nutzt die *Zeit* publizistisch und politisch. Die zwei Welten in einem Text direkt gegeneinanderzustellen, die Welt des riesigen Reichtums hier, die Welt der Armut und des Elends dort, ist eine wiederholt angewandte Methode.

Bezogen auf unser Untersuchungsthema liegt ein entscheidendes Plus der *Zeit* darin, dass ihre Wirtschaftsredaktion die Ökonomie als ein Feld der Gesellschaftspolitik versteht. Sie beobachtet, beschreibt und kritisiert unter der Fragestellung, ob auch der Gesellschaft gut tut, was der Wirtschaft nützt.

Die *Zeit*-Texte im Themenbereich Sozialpolitik folgen zwei Diskurslinien. Einerseits bestehen sie auf der Notwendigkeit des Sozialsystems inklusive starker Gewerkschaften. Andererseits melden sie Kritik an, weil sie Sozialeistungen nicht überall ankommen sehen, wo diese dringend gebraucht werden.

Gegen die griffigen Empörungsformeln – von der Politik, die mit schuldenfinanzierten Wohltaten Stimmen kauft, von den Leuten, die über ihre Verhältnisse leben, von einem Wachstum, das auf schwäbische Hausfrau-entart ohne Schulden zu bekommen wäre – ist die *Zeit* nicht immun, aber sie kommen vergleichsweise selten in Hauptsätzen vor, eher in Nebensätzen. Hingegen gelingt es der Redaktion, Gegenperspektiven zu eröffnen, Zusammenhänge offenzulegen, die von anderen nicht gesehen, zumindest nicht beschrieben werden.

In der Summe ist die redaktionelle Leistung der *Zeit* ausgezeichnet.

Vergleichende Anmerkung Spiegel/Zeit

Auch der *Spiegel* hat seine kritischen Kapazitäten und analytischen Qualitäten, aber er fällt auf dem untersuchten Themengebiet klar hinter die *Zeit* zurück. Der *Spiegel* spielt sich auf. Er weiß es besser, egal worum es gerade geht. Reichen gegenüber verzichtet er meist

auf sein Markenzeichen, diesen Gestus des jederzeitigen Bescheidwissens, der Herablassung, einer – gemessen an der *Spiegel*-Klugheit – unvermeidlichen Beschränktheit aller Objekte seiner Berichterstattung. Der *Spiegel* will Eindeutigkeit, darin ist er strukturell, nicht intellektuell der *Bild*-Zeitung ähnlich. Dieser Eindeutigkeit der Darstellung opfert er zu viel.

Im Vergleich dazu hat die *Zeit* den längeren Atem, die sachlichere Sicht, die detailliertere Darstellung, die unkonventionellere Vielfalt an Perspektiven und das konsequentere Bemühen um Zusammenhänge.

Der Journalismus kann nicht für die Antworten zuständig sein, die Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur schuldig bleiben. Aber er trägt eine Mitverantwortung dafür, dass die Probleme nicht unter den Tisch gekehrt werden und die Debatte im Gang bleibt. Dazu leistet die *Zeit* beachtliche Beiträge, der *Spiegel* gelegentliche.

IV REFLEXIVE UND SPEKULATIVE SPLITTER

1 DER GROSSE UNTERSCHIED: «WER ARBEITET, HAT KEINE ZEIT, GELD ZU VERDIENEN.»

Es gibt einen gravierenden Unterschied zwischen Armut und Reichtum in Kommentierung und Berichterstattung. Reichtum wird – bewusst oder unbewusst – nicht politisiert. Er ist eine persönliche Angelegenheit, über die zu reden zudem als «unfein» gilt, weshalb derjenige, der darüber redet, sich als «Neider» entpuppt. Und er ist eine persönliche Angelegenheit, weil Reichtum in der Öffentlichkeit weithin als Ergebnis der Leistung von Einzelnen oder ihres familiären Umfeldes gilt. Zudem ist es ein Leichtes für jeden Wohlhabenden und Reichen, sich als Wohltäter und Mäzen eine positive öffentliche Resonanz zu beschaffen; die Option, auch einmal in diesen Genuss zu kommen, möchte sich niemand «verscherzen».

Die Soziologen Sighard Neckel, Christoph Deutschmann und andere machen bereits seit Jahren auf folgenschwere Umdeutungen aufmerksam: Wenn Reichtum, hohe Renditen und hohe Einkommen zum Leitbild würden anstelle von Leistung, wenn also das Ergebnis entscheidend sei und der Weg dorthin ohne Bedeutung, wenn damit dem «Leistungsprinzip alle Grundlagen» (Neckel 2008: 57) entzogen würden, wie sollten dann Reichtumstendenzen überhaupt noch politisiert und problematisiert werden. Neckel erinnert: «In der Werbung für ihren Investmentfonds hat die Postbank diese Entwicklung vor einigen Jahren auf die knappe Formel gebracht: «Wer arbeitet, hat keine Zeit, Geld zu verdienen.»» (ebd.: 11)

Dagegen ist das Feld Armut politisiert, weil alle Betroffenen öffentliche Gelder erhalten, aufgebracht von den Steuerzahlern. Ständige Rechtfertigung und Ansprüche auf eine Gegenleistung dominieren das Verhältnis gegenüber den Sozialtransferempfängern.

Erst wenn diese kommunikative Schräglage zulasten des Themas Armut aufgehoben ist, wird der Blick auf Strukturen frei, die soziale Ungleichheit produzieren, und auf Wechselwirkungen, wie die zwischen der Zunahme des privaten Reichtums und der Zunahme von privater und öffentlicher Armut.

2 BEDINGUNGEN JOURNALISTISCHEN ARBEITENS

Sind Armut und Reichtum für die Medien Themen, die sie jenseits ihrer Chronistenpflicht interessieren? Zweifellos findet auf den Themenfeldern Armut und Reichtum eine anlassbezogene Berichterstattung statt; in Sachen Armut häufiger als in Sachen Reichtum. Themen nicht aufzugreifen bedeutet in der journalistischen Kommunikation nicht, ihre Existenz zu leugnen. Verneint werden damit nur ihre Aktualität und ihre Bedeutung.

Im Folgenden wird konkretisiert, welche Bedingungen das journalistische System bei der Berichterstattung über diese beiden Themenfelder vorfindet (und auch hinnimmt). Indirekt wirkt dies auch auf die Arbeit

der Kommentierung. Als bestimmende Elemente bezüglich der eher intensiven Armutsbichterstattung werden in der Fachwelt gemeinhin angeführt:

- über die Armutslage gibt es viel Material, auch weil es eine Kontinuität der Berichterstattung gibt;
- das Thema ist leicht zugänglich in der Recherche, was Fakten, Ereignisse und Betroffene anbetrifft;
- Armut ist im Gegensatz zu Reichtum ein öffentliches Thema. Armutsmenschen produzieren beispielsweise in unterschiedlichen Formen Probleme, die teilweise auch im öffentlichen Raum sichtbar werden, beispielsweise Obdachlose, Bettler, Alkoholranke. Andere Armutsmenschen sind als öffentliches politisches Thema sichtbar: siehe Sozialtransferleistungen;
- wer darüber berichtet, muss nicht mit Konflikten rechnen, da das Sanktionspotenzial der Betroffenen sehr gering ist;
- die Berichterstattung über Fälle von Armut erfüllen oft die Kriterien der massenmedialen Produktion wie Personalisierung und (negative wie positive) Emotionalisierung;
- die Journalisten können sich klar abgrenzen von dieser Gruppe, sie haben mit ihr nichts gemein aufgrund ihres gehobenen kulturellen und sozialen Status.

Die eher defizitäre Reichtumsberichterstattung wird auch von folgenden Elementen mitbestimmt:

- Es gibt wenig aktuelles statistisches und analytisches Material; so ist es wohl kein Zufall, dass im 3. Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Armut auf etwa 400 und Reichtum auf nur zehn Seiten beschrieben wird;
- die Angehörigen dieser Schicht sind kaum zugänglich und verweigern sich meist öffentlichen Diskussionen und direkten Recherchen;
- das potenzielle Sanktions- und Konfliktpotenzial dieser Schicht ist vergleichsweise hoch; Wohlhabende und Reiche haben Ressourcen und Optionen, die öffentliche Kommunikation über sie weitgehend nach ihren (teilweise sehr unterschiedlichen) Bedürfnissen zu steuern;
- die Journalisten selbst können sich schlecht abgrenzen, da sie aufgrund ihres Einkommens und/oder ihrer Tätigkeit entweder am Rande dieser Schicht leben oder wenigstens die Hoffnung haben, zu ihr aufsteigen zu können oder wenigstens in ihre Nähe zu kommen;
- es gibt kein erkennbares politisches Interesse, sich an dieses Thema heranzuwagen, denn die meisten Politiker/Parteien und weitere meinungsmachende Kreise wollen ihr Verhältnis zu den Reichen so gestalten, dass sie im Zweifel immer «Geschäfte und politische Deals» mit ihnen machen können, so dass eine entsprechende Berichterstattung von meinungsmachenden und einflussreichen weiteren Kreisen vermutlich nicht anerkannt und belohnt wird;

- es wird registriert, dass sich Boulevardmedien dieses Themas selten oder nicht annehmen, obwohl die entsprechenden Tatbestände einen «idealen Stoff» für diese Mediengattung liefern.

3 HERKUNFT DER JOURNALISTEN

Wir gehen davon aus, dass die von uns untersuchten Redaktionen über das von uns untersuchte Themenfeld in weitgehender Autonomie arbeiten, also informieren, analysieren und auch kommentieren können. Die Frage des Ökonomisierungsdrucks, von Sparmaßnahmen in den Redaktionen, kann bei unserem Thema keine oder nur eine bescheidene einschränkende Rolle spielen. Ob die Redaktionen diese Themenpalette kommentieren, wie oft und wie, das liegt in hohem Maße in ihrer redaktionellen Verantwortung.

Wir halten es für möglich, dass sich die eigene materielle Lage und schichtenspezifische Zugehörigkeit der Journalisten, ihre Einstellung zu Leistung, Verdienst und Karrierebewusstsein gerade bei diesem Thema auf inhaltliche Positionierung und Perspektivenwahl auswirken.

Es kann unterstellt werden, dass bei allen untersuchten Medien vor allem Journalisten aus gehobenen sozialen und kulturellen Schichten führende Positionen und damit auch die Rolle von ständigen Kommentatoren einnehmen. Die Wissenschaftlerin Klarissa Lueg hat sich der Frage gewidmet, woher Journalisten kommen. Sie untersucht ihr Thema anhand von Befragungen von Schülern und Leitern von Journalistenschulen und von Chefredakteuren (zu Umfang und Vorgehen vgl. Lueg 2012: 57 ff.). Sie nimmt an, dass soziale Herkunft und Habitus «einen starken Einfluss» (ebd.: 43) auf das Handeln der journalistischen Akteure haben.

Lueg referiert vorab weitere Studien, die belegen, dass Journalisten zu mehr als zwei Dritteln zumindest aus vergleichsweise gesicherten und leicht privilegierten sozialen Schichten stammen, vor allem aus Angestellten- und Beamtenfamilien; es handelt sich dabei nicht um niedrigrangige Angestellte und Beamte, sondern jeweils um Angestellte und Beamte in gehobenen bis sehr gehobenen Positionen, jeweils mit Hochschulabschluss. So ergab die Befragung von Weischenberg u.a. unter gut 1.500 Journalisten, dass nur neun Prozent aus Arbeiterhaushalten stammen (vgl. ebd.: 133; beachte zu weiteren Details bezüglich Einstellungen und Positionen Arlt/Storz 2010: 234 ff.).

Die Untersuchung von Lueg bestätigt im Prinzip die bereits vorhandenen Forschungsergebnisse. Das journalistische Feld sei «als Ganzes ein Feld der etablierten Sozialschichten» (Lueg 2012: 242). Bemerkenswert ist, dass die Schüler aus gehobenen und hohen Herkunftsschichten vor allem leitende Positionen in prestigeträchtigen Ressorts, während vor allem Schüler aus mittleren und gehobenen Schichten die Position des Chefredakteurs anstreben; diese Gruppen seien stärker als die hohen von «Aufstiegswillen und Bildungseifer» geprägt (ebd.: 115), sind jedoch rein zahlenmäßig, dies zur Erinnerung, «stark unterrepräsentiert» (ebd.: 117). Die Schulleiter selbst stammen ebenfalls aus einer «ab-

gesicherten Mittelschicht» und bewegen sich seit Jahren «in einem akademisch geprägten Feld» (ebd.: 109). Das Handeln dieser Schulleiter bezüglich der Auswahlverfahren skizziert Lueg so: «Die Schulleiter erkennen die an Vertrauen gebundene Beziehung zu etablierten sozialen Machtgruppen (Akteure wie Akademiker, Unternehmer, Politiker und Prominente) als maßgeblich an und übernehmen in ihrer Suche nach geeigneten und effektiven Nachwuchsjournalisten Maßstäbe, die für eine geeignete Feld-Habitus-Passung im Sinne dieser Referenzgruppen sorgen. Die von den Schulleitern gewünschten Bewerberqualitäten begünstigen Bewerber aus einem akademischen, von beruflichem Erfolg geprägten Elternhaus» (ebd.: 120).

Zudem befragte Lueg 21 Chefredakteure (zu Details vgl. ebd.: 122 ff.). Zwölf von ihnen stammen aus sogenannten breiten Schichten (Arbeiterschicht und Kleinbürgertum), darunter vier aus der Arbeiterschicht, und neun aus dem gehobenen Bürgertum und dem Bürgertum (vgl. ebd.: 133). Diese breitere Herkunftsstreuung führt jedoch nicht zu einer Weitung des journalistischen Feldes, da sich «die aufgestiegenen Chefredakteure» an den Habitus der Angehörigen der gehobenen Schichten anlehnten und «weitgehend deren Einstellungsbedingungen» teilten (ebd.: 242).

4 UNGENUTZTE CHANCEN DER PRESSEFREIHEIT

Die Medien agieren in einem sehr hohen Maße reaktiv auf Ereignisse, Initiativen, Informationen, Deutungen und Wissen aus dem machtpolitisch relevanten politischen Feld. Das heißt aber auch: Wenn kein von den Medien als relevant, mächtig und/oder «störfähig» eingeschätzter Akteur beispielsweise das Thema Reichtum und dessen Besteuerung aufgreift, dann wird dieses Thema nicht oder bestenfalls nachlässig behandelt; der bisherige mediale Umgang mit dem Bündnis «UmFairteilen» spricht dafür.

Das bedeutet, dass die Massenmedien im Kern mit ihrer Kommentierung – nicht mit ihrer Berichterstattung – die Bandbreite nachvollziehen, die im für sie relevanten politischen Raum aktuell abgebildet wird. Anhand des Themenfeldes Armut, Reichtum, soziale Ungleichheit ist dies abzulesen. Eine «Erinnerung»: Mitglieder des Bündnisses «UmFairteilen» wollen den Spitzensteuersatz auf 53 Prozent anheben, was in weiten Teilen der veröffentlichten Meinung heute als unverantwortlich radikal gilt. In Zeiten der Kanzlerschaft von Helmut Kohl gab es jedoch einen Steuersatz in dieser Höhe. Ein zweites Beispiel für eine Position, die durchweg nicht vertreten wird, weder im politischen Raum noch in den Medien: Der Elitenforscher Michael Hartmann spricht – am Beispiel der USA untersucht – von einem klaren Zusammenhang «zwischen der sozialen Rekrutierung der politischen Kernelite und der Einkommensverteilung» (vgl. Hartmann 2009: 281 ff.). Die wachsende Ungleichheit bei den Einkommen korrespondiere unübersehbar mit einer sozialen Schließung der politischen Kernelite, besonders in den 1980er Jahren, und einem Kurswechsel

in der Steuerpolitik zugunsten der *upper middle class* und vor allem der *upper class*, so sein Befund bezüglich den USA. Hartmann sieht auch in Deutschland bereits deutliche Tendenzen in diese Richtung.

Pressefreiheit schließt die Möglichkeit ein, dass wenigstens die großen und damit konfliktstarken Qualitätsmedien sich – als Vorreiter und Vorbilder für «schwächere» Medien – bei gesellschaftlich bedeutsamen Themen auch eigenständige, von den Systemen der Wirtschaft und Politik unabhängige Themen- und Positionsetzungen erlauben. Genutzt wird diese Freiheit kaum.

5 NEUIGKEITEN ALS ALIBI UND WIEDERHOLUNG ALS NORMALITÄT

«Wir Kolumnisten, liebe Leserinnen und Leser, geben uns Woche für Woche Mühe, eine originelle Meinung zu finden und Ihnen zu präsentieren» (BeZ 15.2.12). Der Filmemacher Volker Heise bringt eine Erwartung an journalistische Medien präzise auf den Punkt: Nicht zu schreiben oder zu sagen, was erst vor Kurzem so oder ähnlich schon publiziert wurde, sondern das Ungewöhnliche, das Überraschende aufzugreifen, einen von anderen nicht gesehenen Aspekt hervorzuziehen. Der Überblick über einen längeren Zeitraum, immerhin vier- bis fünf Jahre, relativiert diese Vorstellung. Ohne hier entscheiden zu müssen, wo die «Schmerzgrenze» zu ziehen wäre, wird offensichtlich, dass sich der Anspruch auf Überraschung mit ständigen Wiederholungen vereinbar erweist. Unter den originellen Farbtupfern liegen durchgängige Argumentationsmuster und stabile Themenkarrieren. Der regelmäßige Publikationszwang lässt anderes auch gar nicht möglich erscheinen.

Sich also auf die Notwendigkeit der Neuigkeit zu berufen genügt deshalb als Begründung nicht, wenn man die eher sporadische Kommentierung des Armut-Reichtums-Komplexes verteidigen will. Ganz im Gegenteil besitzt insbesondere jeder Meinungsbeitrag über Reichtum ob seiner Seltenheit automatisch Originalität; auch wenn es nicht Neues zu vermelden gäbe.

6 LEHREN AUS DER KRISE DES FINANZSYSTEMS?

Die Berichterstattung auch der Qualitätsmedien über die Krise des Finanzsystems wurde vielfach kritisiert; vor allem diejenige im unmittelbaren Vorfeld des offenen Ausbruchs im September 2008. Konkret ging es unter anderem um die fehlende inhaltliche Zusammenarbeit zwischen den Ressorts Politik und Wirtschaft und um die mangelhafte Berücksichtigung von «alternativem Gegenwissen». Es gab in der Zwischenzeit viele Anhaltspunkte, die dafür sprachen, dass vor allem die meinungsbildenden und vergleichsweise gut bis sehr gut ausgestatteten Qualitätsmedien sich anstrengten, die Qualität zu steigern, also auch in differenzierte Analysen und Kommentierungen zu investieren und mit höherer Sensibilität auf vernachlässigte Themen und Perspektiven zu reagieren. Anhand der Analyse der Kommentare zur sozialen Frage ist eine solche Verbesserung nicht festzustellen; eine sehr po-

sitive Ausnahme bildet die analytische und berichtende Arbeit der Wochenzeitung *Die Zeit*.

7 DAS GROSSE THEMA «UMVERTEILUNG» – EIN KOMMUNIKATIONSDESASTER?

Insbesondere gesellschaftskritische Kräfte wundern sich darüber, warum es keine öffentlich sich manifestierende Empörung über unangemessenen Reichtum und zu große soziale Klüfte gibt. Das könnte auch damit zusammenhängen:

Die Analyse der Berichte und Kommentare zeigt, dass es eine hohe Unsicherheit über die Frage gibt, wer eigentlich reich ist. Der Soziologe Rehberg spricht irritiert davon, wie «der Reichtum wunderbar vermehrt» (Rehberg 2011: 15) werde. Wer monatlich mehr als etwa 3.300 Euro netto verdiene, gelte bereits als reich; dabei zeigten Untersuchungen, dass in der Bevölkerung weithin erst derjenige als reich gelte, der deutlich mehr als 25.000 Euro im Monat verdiene. Gegenteilige Daten werden jedoch von der Buchautorin Ulrike Herrmann genannt. Sie stellt fest, dass diese Versuche der «Reichtums-Vermehrung» sehr wohl am Alltagsbewusstsein von Mittelschichten anknüpfen: «Die Mehrheit der Deutschen hält sich für einigermaßen wohlhabend und neigt dazu, die Grenze des Reichtums knapp oberhalb ihres eigenen Einkommens und Vermögens anzusetzen» (Herrmann 2012: 12). Untersuchungen des Arbeitsministeriums, veranlasst in Verbindung mit der Erstellung des 3. Armuts- und Reichtumsberichtes, zeigten, dass sich viele Bürger für reich halten, wenn sie über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro verfügen (vgl. ebd.: 18). So beginnt der offizielle Reichtum also bei Mittelschichten, die sich entweder selbst subjektiv nicht als reich empfinden, es offiziell aber sind, oder die sich als reich empfinden, dies aber nach wissenschaftlicher Expertise gar nicht dürften.

Das ständige Absenken der Steuersätze führte dazu, dass beispielsweise ein Single mit einem Jahreseinkommen von knapp 55.000 Euro bereits in die Nähe des Spitzensteuersatzes rückt. Das könnte auch das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18.3.2012, S. 33) erklären, wonach lediglich zwölf Prozent der 1.800 repräsentativ Befragten den Spitzensteuersatz für zu niedrig halten. Für 35 Prozent ist er angemessen, für 36 Prozent zu hoch. Die Frage lautete konkret: «Ist der Spitzensteuersatz für Alleinstehende angemessen?»

Diese Mittelschichten sind zudem – bei einem Jahreseinkommen zwischen 40.000 bis 70.000 Euro – stark belastet, da sie vergleichsweise hohe Sozialabgaben und direkte Steuern bezahlen müssen; das Moment der progressiven Besteuerung spielt hier eine bedeutende Rolle. Da sie zudem – im Gegensatz zu den «wirklich Reichen» – einen hohen Anteil ihres Einkommens für ihren Lebensunterhalt ausgeben müssen, sind sie auch überdurchschnittlich stark von den in den vergangenen Jahrzehnten stark ansteigenden indirek-

ten Steuern betroffen. Diese Gruppe ist heute im Kern der Finanzier des Sozialstaates. Das heißt, diese Gruppe fühlt sich «negativ» angesprochen, wenn es darum geht, Sozialleistungen zu erhöhen. Denn sie hat das Bewusstsein, diese Ausgaben habe vor allem sie zu finanzieren. Und diese Gruppe fühlt sich auch dann «negativ» angesprochen, wenn im politischen Raum darüber debattiert wird, die Steuern für Wohlhabende und Reiche zu erhöhen. Denn offiziell gehört diese Schicht zu den Wohlhabenden und Reichen.

Ulrike Herrmann weist auf ein weiteres Beispiel hin: Obwohl 70 Prozent der Deutschen fast nichts besitzen, ergeben Umfragen, wie eine von Forsa im August 2009, dass nur 20 Prozent eine Erhöhung der Erbschaftsteuer befürworten. Herrmann vermutet, dass in diesem Zusammenhang die Metapher von «Omas ihr klein Häuschen» im Alltagsbewusstsein eine bedeutende Rolle spielt, also gerade die Angst der Nicht- und Wenig-Wohlhabenden, dass ihnen ihr kleines Eigentum auch noch wegbesteuert werde (vgl. Herrmann 2012: 167 ff.).

Vor allem in der Kommentierung der FAZ, aber auch der SZ spiegelt sich diese «Sandwichlage» der Mittelschichten wieder.

Als Anregung für weitere Antworten auf die Frage, warum die Umverteilungsdebatten im Sinne der Initiatoren oft nicht zünden, hier noch eine kleine Betrachtung des Soziologen Neckel über das Thema Neid: Neckel hat sich in einem Aufsatz mit dem Thema «Deutschlands gelbe Galle – Eine kleine Wissenssoziologie des teutonischen Neides» (vgl. Neckel 2008: 137 ff.) eingehender beschäftigt. Der «Sozialneid» sei, so Neckel, ein Mittel der Politik. So werde versucht, entsprechende politische Konzepte zu denunzieren. Bleibt die Frage: Treibt Neid dazu, Umverteilung zu fordern? Wäre es so, dann böte Neckel die Erklärung dafür, warum Reichtum bisher politisch so «ungefährdet» bleibt: «Solange Unzufriedene auf höhere Klassen nur neidisch sind, eifern sie ihnen mehr nach, als dass sie sie stürzen wollen. Durch den gemeinsamen Wertbezug auf ein gleichermaßen begehrtes Objekt bindet Neid Konkurrenten auch aneinander. Er ist deshalb als ein vergleichsweise integratives Gefühl zu bezeichnen» (ebd.: 142). Erst wenn die Wettbewerbschancen aussichtslos seien, dann könne aus Neid Wut werden.

8 WEITERE BEISPIELE DER DE-THEMATISIERUNG VON REICHTUM

In der Studie der Otto-Brenner-Stiftung «Wirtschaftsjournalismus in der Krise. Zum massenmedialen Umgang mit der Finanzmarktpolitik», veröffentlicht im Jahr 2010, haben die Autoren den gesamten Textkorpus von 822 Artikeln aus tagesaktuellen Print-Qualitätsmedien auch nach dem Begriff Gerechtigkeit untersucht; dieser Begriff hängt mindestens indirekt mit den Themen Verteilung – in diesem Fall von Krisenlasten – und Reichtum zusammen. Ihre Bilanz: «In den 822 Artikeln unseres Textkorpus werden das Wort Gerechtigkeit und verwandte Substantiva genau 38 Mal benutzt, das Adjektiv gerecht und verwandte Eigenschaftswörter 43 Mal» (S. 109). Im

Vergleich zu der meist hohen Bedeutung, die dieser Wert in Meinungsumfragen hat, hat er bei den untersuchten Qualitätsmedien nur eine verschwindend geringe.

De-Thematisierung von Reichtum ist auch eine Folge von «Normalisierung». Renate Köcher, Leiterin des Meinungsforschungsinstitutes Allensbach, rechnet vor, dass eine materielle Kluft «in einer freien Gesellschaft in längeren Friedenszeiten fast zwangsläufig» sei: Die Unter- und Mittelschichten seien eben von der Wirtschaftskonjunktur und damit von der aktuellen Lohn- und Gehaltsentwicklung abhängig, die oberen Schichten hätten sich hingegen «sukzessive aus dieser Abhängigkeit lösen» können – durch wachsende Vermögenseinkünfte, Erbschaften und Schenkungen (vgl. Köcher 2012).

9 DIE ENTSCHIEDENDE FRAGE – EINFACH VERGESSEN

«Die Sachwalter des Finanzkapitalismus stehen deswegen vor einer ungemütlichen Entscheidung: Sie müssen entweder sich selbst belasten oder das System.»
Jens Jessen

Soziale Strukturen sind keine Naturgesetze. Damit sie Geltung behalten und Wirksamkeit entfalten, müssen sie über Handlungen vollzogen werden. Soziale Strukturen, «Systemzwänge», stellt man sich am besten vor als stabile Erwartungen, mit welchen die Einzelnen konfrontiert sind. Erfüllen sie die Erwartungen, bringt es ihnen in der Regel einen Vorteil, oft einen geldwerten. Erfüllen sie die Erwartungen nicht, müssen sie mit negativen Reaktionen ihrer Umwelt rechnen, nicht immer gleich mit juristischen.

Es gibt zwei Möglichkeiten. Sie schließen sich wechselseitig nicht aus. Die eine: Gesellschaftliche Strukturen sind im Prinzip auf Gerechtigkeit eingestellt und funktionieren in diesem Sinne; es erwachsen jedoch aus Zufällen und aufgrund individuellen (Fehl-)Verhaltens, Auswüchsen von Gier einerseits und «gesellschaftlichen Abstürzen» andererseits, Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Die andere: Strukturen und System produzieren von sich heraus Ungerechtigkeiten und fördern Ungleichheiten bis hin zu sich verfestigenden Schichten (vgl. Hirschel 2009: 54 f.) mit großen finanziellen und sozialen Differenzen. Diese Variante legt die Auffassung nahe, dass Armut wegen und nicht trotz Reichtum entsteht.

Im Zusammenhang mit unserem Untersuchungsthema müsste eigentlich alle Kommentatoren diese Grundsatzfrage umtreiben. Diese entscheidende Anfangsfrage wird aber nie klar gestellt und deshalb auch gar nicht erörtert. Die mit dieser Frage verbundenen Sachverhalte und Klärungen bleiben deshalb diffus. Das hat Folgen: Jede Anschlusskommunikation wird damit gehemmt, wenn nicht blockiert (vgl. zu möglichen Ursachen u.a. Institut für Gesellschaftsanalyse 2011: 5). Um Aufmerksamkeit und Wahrnehmung für dieses Großthema zu verstärken, muss diese Einstiegsfrage offen angesprochen und ausführlich erörtert werden, nach dem Motto: «Tausche nie eine gute Frage gegen eine Antwort» (Rabbi Nilton Bonder).